

Deutscher Gewerkschaftsbund

REDE

Michael Sommer

DGB-Vorstandsvorsitzender

1. Mai 2014

Bremen

Es gilt das gesprochene Wort!

Verehrte Mitbürgerinnen und Mitbürger,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

der 1. Mai ist unser Tag. Der 1. Mai ist der Tag, an dem wir für die sozialen Rechte und die Würde der arbeitenden Menschen demonstrieren.

Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität. Er ist unser Tag, an dem wir deutlich machen, die Gewerkschaften stehen in Deutschland und Europa für sozialen Fortschritt und Gerechtigkeit, aber auch für Frieden, Demokratie und Freiheit.

Wir kämpfen für ein soziales Europa. Die arbeitenden Menschen wollen ein besseres Leben, ein Leben ohne Angst und Not, sie wollen eine Perspektive für ihre Kinder, ein Leben für alle in Würde. Doch genau das Gegenteil ist in weiten Teilen unsers Kontinents der Fall. In Ungarn zum Beispiel wurden den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ihre Rechte genommen, ihre Gewerkschaften sollen wehrlos gemacht werden, gleichzeitig marschieren die Reaktion und die Faschisten.

In weiten Teilen des Ostens Europas sind die Gewerkschaften schwach. Nicht nur, aber auch, weil die Menschen nicht mehr an die Idee des Sozialen glauben, weil ihnen zu lange erzählt wurde, der stalinistische Realsozialismus sei die Erfüllung des Menschheitstraums. Und in ganz Europa, von Lissabon bis Riga, von Nikosia bis Stockholm, herrscht der Ungeist des Neoliberalismus. Und dies seit mehr als dreißig Jahren. In den Ländern, die bis vor wenigen Jahren einigermaßen verschont wurden, wie Frankreich, Spanien oder Italien, soll nun eine verschärfte Version der Agenda 2010 nachträglich eingeführt werden.

Das Gespenst der Krise geht um in Europa. Und diese Krise wurde nicht verursacht von überbordenden Sozialstaaten oder gar davon, dass die arbeitenden Menschen über ihre Verhältnisse gelebt haben. Im Gegenteil. Sie ist die Folge von hemmungsloser Marktideologie und Spekulation, die einhergeht mit der Ausräuberung der Staatshaushalte. Die Folgen dieser beinahe unbegrenzten Herrschaft des Finanzkapitalismus müssen jetzt abermals die arbeitenden Menschen und ihre Familien ausbaden.

Wir erinnern uns alle noch an den Zusammenbruch der Lehman-Bank im Jahr 2008 und die damit ausgelösten Rettungsaktionen der Regierungen für die Finanzmärkte. Damals wurde uns gesagt, wir müssen die Banken retten, um unsere Volkswirtschaften vor dem Untergang zu bewahren.

Wir haben die Banken gerettet, weil wir Millionen vor der Arbeitslosigkeit schützen wollten und mussten. Wir haben die Finanzmärkte gerettet, weil wir fürchteten, es würde sonst alles zusammenbrechen. Wir haben Milliarden und Aber-Milliarden für Rettungsschirme aufgebracht, damit das Nervensystem unserer Wirtschaft nicht versagt. Dafür wurde uns von Merkel bis Obama, von Steinbrück bis Brown und Berlusconi bis Sarkozy versprochen: Nie wieder.

Wir werden die Finanzmärkte zügeln, die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen, wir werden die Banken regulieren und die Finanzwelt haftbar machen - unter anderem mit einer Finanztransaktionssteuer.

Heute müssen wir verbittert feststellen, wir sind belogen und betrogen worden. Die Finanztransaktionssteuer ist noch immer nicht da. Sicher: auch sie wäre nicht die all selig machende Lösung. Aber sie wäre ein Zeichen, dass die Politik nicht bereit ist, alles mit sich machen zu lassen.

Doch genau das passiert eben nicht - welch ein erbärmliches Einknicken vor Macht des Finanzkapitals in Deutschland, Europa und der Welt. Die Banken werden jetzt zwar anders reguliert, aber nicht mit dem Ziel, Arbeitnehmer und Verbraucherinnen zu schützen, sondern die Aktionäre vor dem Risiko des Bankrotts zu bewahren.

Sicher, uns, nicht zuletzt den Gewerkschaften ist es in Deutschland gelungen, in den Krisenjahren die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor dem Verlust ihrer Existenz zu retten. Aber in weiten Teilen Europas zahlen noch heute die arbeitenden Menschen und die sozial Schwachen für die Verwerfungen der vergangenen Jahrzehnte. Privatisierung, Deregulierung und Entstaatlichung haben die Menschen ärmer gemacht - aber nicht alle. Wenige wurden manche sehr viel reicher und viele, sehr viele noch viel ärmer. Die soziale Spaltung der Gesellschaften in Europa ist tiefer geworden. Einher mit Privatisierung, Deregulierung und Entstaatlichung geht eine schleichende Ent-Demokratisierung. Die Politik verliert Handlungsspielraum, die politische Macht des Kapitals wird immer größer.

Die Folgen sind dramatisch.

- **Massenarbeitslosigkeit in Italien und Spanien,**
- **eine Jugendarbeitslosigkeit von 60 Prozent in Griechenland,**
- **deutlich verlängerte Lebensarbeitszeiten,**
- **drastische Kürzungen der Renten,**
- **Plünderung der Sparguthaben,**
- **Ausräuberung der Staatshaushalte,**
- **ratlose Regierungen wie in Frankreich,**

aber den Aktienmärkten geht es besser, die Anleihemärkte gedeihen und die Spekulanten tanzen weiter auf dem Vulkan.

Das alles wissen wir, Kolleginnen und Kollegen, und das alles wollen wir nicht. Wir wollen nicht weiter hinters Licht geführt werden, betrogen werden, getröstet werden. Die Zeche für die Superreichen zahlen. Das wollen wir nicht.

Unsere Idee von Europa ist und bleibt eine andere. Wir wollen kein Europa des Kapitals. Wir wollen Sozialstaaten in Europa, die Herrschaft von demokratisch gewählter Politik und nicht von Finanzeliten. Zu Beginn der so genannten Euro-Krise sagte mal ein Spitzenmanager des Kapitals: wir werden mit der Krise in Europa so umgehen wie mit kriselnden Unternehmen. Wir suchen nach einer neuen Geschäftsidee, wir organisieren frisches Kapital, und wir wechseln das Management aus.

Genau das haben sie getan. In Griechenland oder Italien, in Spanien oder Portugal. Die neue Geschäftsidee war eine alte: Den Armen geht es noch zu gut, der Staat ist zu stark, die Steuern zu hoch. Folglich wurden Sozialleistungen gekappt, das Tafelsilber verkauft und das Kapital mit Steuergeschenken verwöhnt.

Das frische Kapital holt man sich schlicht und ergreifend bei den arbeitenden Menschen. Ihre Steuern werden erhöht, ihre Renten und Löhne gesenkt, Gesundheit und Bildung gekappt. Und wenn das nicht hilft, weil diese Medizin noch nie geholfen hat, dann sagen sie, es muss noch deutlich mehr davon verabreicht werden.

Und was das so genannte Management anbetrifft, erinnert Euch doch bitte, wo überall und wie häufig die Regierungen ausgewechselt wurden. Da kam ein Technokrat nach dem nächsten angeblichen Experten, da wurden Parlamente entmündigt, demokratische Politik desavouiert und Verträge gebrochen.

Denn formal sind die europäischen Verträge von Lissabon in Kraft - also die europäische Verfassung. Doch die so genannte Anti-Krisen-Politik von Merkel bis Samaras, von Monti bis Cameron, von Hollande bis Tusk schert sich um diese Verträge und ihre Mechanismen immer häufiger einen Kehrheit.

Da wird die europäische Verfassung faktisch außer Kraft gesetzt, man arbeitet mit bilateralen und multilateralen Verträgen. Man schwadroniert von Six-Pack und Europäischem Semester, nur um zu verschleiern, dass die Demokratie in Europa ausgehöhlt wird und dass die nationalen Parlamente genötigt werden, diese angeblich alternativlosen Konzepte ab zunicken. So werden die Menschen faktisch ihrer demokratischen Stimme beraubt.

Man bedient sich übrigens auch fleißig an den Staatshaushalten. Und am gemeinsamen Haushalt der europäischen Union. Zur Bekämpfung der unerträglich hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa gibt man einige Brosamen. Aber die wirkliche Rettung bleibt aus.

Wenn man die Krise in Europa wirklich bekämpfen wollte, müsste man dafür Milliarden bereitstellen, für Investitionen in die Infrastruktur, die Erneuerung der industriellen Basis, eine echte Energiewende, einen Ausbau des Sozialstaates.

Statt einen solchen Marshall-Plan für Europa aufzulegen, wie wir es vorgeschlagen haben, wird weiterhin viel zu wenig getan - und im Grunde wird nur so getan als ob. So kann und darf es in Europa nicht weitergehen. Wir wollen eine andere Politik, eine bessere Politik, ein soziales Europa, ein europäisches Parlament, das endlich etwas zu sagen hat.

Uns wird immer gesagt, die meisten Entscheidungen, auch die, die uns in Deutschland betreffen, würden in Europa gefällt. Das stimmt. Aber sie werden nicht demokratisch gefällt, sondern meist am europäischen Parlament vorbei. Oder direkt gegen den Willen der europäischen Volksvertretung.

Ein Beispiel unter vielen: Schon vor einigen Jahren hat das Europäische Parlament mit großer Mehrheit die Einführung der Finanztransaktionssteuer beschlossen. Und? Was taten die Regierungen? Was tat die Europäische Kommission? Haften endlich die Spekulanten? Müssen sie für ihr zügelloses Treiben endlich bezahlen? Nein.

Bei Lippenstift, IBAN und Glühbirnen setzen sich die Parlamentarier eher mühelos durch. Wenn es aber darauf ankommt, die Finanzmärkte an die Zügel zu nehmen, lassen die Regierungen das Parlament am langen Arm verhungern. So macht man Europa kaputt. Wir wollen das nicht. Wir wollen ein starkes, ein handlungsfähiges europäisches Parlament, das das entscheidende Wort hat. Und zwar immer.

Wir wollen eine breite Legitimation für unsere europäische Volksvertretung. Wir wollen eben keinen Rückfall in nationalstaatliche Isolation.

Wir wissen, dass Europa Frieden gebracht hat.

Gerade hundert Jahr nach Beginn des 1. Weltkriegs und 75 Jahre nach dem deutschen Überfall auf Polen ist es für uns entscheidend, dass auch der Konflikt um die Ukraine auf dem Verhandlungsweg beigelegt wird. Denn wir wissen, Krieg ist niemals eine Lösung. Das Völkerrecht zu achten und zu leben bedarf es diplomatischer Mittel und der Anerkennung der territorialen Integrität und Souveränität aller Staaten – aber natürlich auch der Achtung von Minderheitenrechten.

Kolleginnen und Kollegen,

wir hatten aber auch die berechtigte Hoffnung, dass Europa auch Wohlstand und mehr Demokratie bringt. In den vergangenen Jahren hat es Rückschläge gegeben. Aber die Konsequenz daraus kann doch nicht sein, dieses Europa dem Kapital oder der Reaktion zu überlassen! Die Konsequenz daraus darf doch nicht sein, rechtspopulistischen und faschistischen Bewegungen in Europa noch mehr Raum zu geben! Die Konsequenz darf nicht sein, die Idee eines friedlichen und sozialen Europas zu zerstören. Massenarbeitslosigkeit oder die Bedrohung des Friedens wie zur Zeit in der Ukraine können doch nicht zur Konsequenz haben, dass wir unser Europa kaputt machen lassen von unverantwortlichen Demagogen und Helfershelfern des Kapitals.

Wir wissen, dass in Europa nicht alles in Ordnung ist, aber wir finden uns doch damit nicht ab. Wir gehen zur Wahl zum Europaparlament, trotz oder gerade weil das Bundesverfassungsgericht mit der Aufhebung der Sperrklausel der europäischen Demokratie einen Bärendienst erwiesen hat. Wir gehen zur Wahl, weil wir dieses europäische Parlament stärken wollen und es nicht den Rechten überlassen dürfen. Wir gehen zur Wahl, weil wir unser Europa weiterentwickeln wollen. Wir gehen zur Wahl, weil auch im globalen Maßstab gesehen unsere Zukunft nur dann gut sein wird, wenn es eine gemeinsame europäische Zukunft ist. Wir gehen zur Wahl, weil wir die Idee eines demokratischen und sozialen Europas verteidigen und weil es unser Ziel bleibt, die Vereinigten Staaten von Europa zu schaffen.

Sicher, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es ungewöhnlich, am 1. Mai, unserem Feiertag, unserem Kampftag der Arbeit so ausführlich über Europa zu sprechen. Aber es ist notwendig, weil mit der Verteidigung eines sozialen Europas ohne jeden Zweifel auch die Verteidigung unserer Rechte, unserer Würde, unserer Zukunft als arbeitende Menschen verbunden ist.

Deswegen demonstrieren wir an diesem 1. Mai auch für soziale Gerechtigkeit und eine gerechtere Verteilung.

Kolleginnen und Kollegen,

in Artikel 14, Absatz 2 unseres Grundgesetzes heißt es wörtlich: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ Die deutschen Eliten meinen ganz offensichtlich immer noch, dass diese Norm für sie nicht gilt und dass sie über dem Gesetz stehen. Sie bedienen sich maßlos und wollen trotzdem keine Steuern bezahlen. Steuerflucht ist für sie kein Verbrechen, sondern Reichensport.

Damit, Kolleginnen und Kollegen, muss endlich Schluss sein.

Steuerflucht ist kein Kavaliersdelikt, und sie darf nicht straffrei bleiben. Der Trick mit der strafbefreienden Selbstanzeige gehört in den Mülleimer des Steuerrechts. Es kann nicht sein, dass unser Gemeinwesen fast ausschließlich von den Lohnsteuerzahlern und Konsumenten finanziert wird, während sich die Reichen und Schönen einen schlanken Fuß machen.

Eine vernünftige Erbschaftssteuer, eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine Reichensteuer, die den Namen verdient, die Vermögenssteuer sind doch mehr als überfällig. Das weiß jeder. Und jede. Auch die jüngste Diskussion über die notwendige Sanierung unserer Straßen ist ein Beleg dafür. Doch die Kopfpauschale ist auch hier ein untaugliches Mittel.

Es bleibt skandalös, dass sich die Große Koalition nicht durchringen konnte, steuerpolitisch endlich zu handeln. Das ist nicht nur kurzfristig, das ist auch ungerecht. Wir wissen doch alle, dass unser Gemeinwesen mehr Geld braucht, um Infrastruktur, Bildung, Sicherheit, Energiewende oder einen vernünftigen Breitbandausbau zu finanzieren.

Wir brauchen einen aktiven Staat, der finanziell handlungsfähig ist, der demokratische Gestaltungskraft hat. Und den werden wir nur bekommen, wenn auch die Reichen und Vermögenden endlich ihren angemessenen Beitrag leisten.

Kolleginnen und Kollegen,

steuerpolitisch hat die Große Koalition bislang versagt. Auch der Koalitionsvertrag verheißt in diesem Punkt nichts Gutes. Dass die Gewerkschaften dennoch die Bildung der Großen Koalition begrüßt haben, hat etwas mit dem Versprechen von Union und SPD zu tun, endlich mit einer neuen Ordnung der Arbeit ernst zu machen. Ja, es ist überfällig, dass eine neue Ordnung der Arbeit kommt – und wir haben die Chance, nach 30 Jahren der Deregulierung der Arbeit ein Stück Wiedergutmachung für die arbeitenden Menschen durchzusetzen.

Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, Minijobs und Scheinselbständigkeit, sachgrundlose Befristung und Armutslöhne, Tarifflicht und Lohnsubventionierung durch Hartz IV - all das können und wollen wir nicht länger hinnehmen. Es ist gut, dass die Regierung der Großen Koalition endlich die ersten Schritte in die richtige Richtung macht. Aber weniger aus Einsicht, vielmehr aus der Tatsache heraus, dass unser Kampf für gute Arbeit, für den gesetzlichen Mindestlohn, für die Stärkung der Tarifautonomie nicht länger ignoriert werden konnte.

Wenn dank unserer Kampagne konstant 85 Prozent der Bevölkerung meinen, der Mindestlohn sei eine gute Sache, dann kann eine Regierung der Großen Koalition das eben nicht ignorieren. Und es gäbe diese Große Koalition auch nicht, wenn die Union nicht endlich ein Bündnis mit der Realität geschlossen und ihren Widerstand gegen den gesetzlichen Mindestlohn aufgeben hätte.

Aber natürlich erleben wir jetzt, dass Schmutzarbeitgeber und ihre Helfershelfer in Wissenschaft und Medien auch das dümmste und dreisteste Argument wieder aus der Mottenkiste holen, um den allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn auf dem letzten Meter doch noch zu verhindern. Da

wird gelogen und betrogen, dass es knallt. Da wird über Ausnahmefälle diskutiert, um das Gesetz zu durchlöchern oder gar zu Fall zu bringen. Da wurde ich gefragt, wie das eigentlich mit dem Mindestlohn in Gefängnissen ist oder in Behindertenwerkstätten. Da wurden Ausnahmen für den Osten gefordert, für Zeitungszusteller und Taxifahrer, für Erntehelfer oder die Fleischindustrie und so weiter und so fort.

Denen ist keine Lüge zu billig.

Die gleichen Leute, die jahrzehntelang unserer Jugend Ausbildungsplätze verweigert haben, die dafür gesorgt haben, dass es in diesem Land mehr als eine Millionen Menschen im Lebensalter zwischen zwanzig und dreißig Jahren gibt, die keine Ausbildung haben - dieselben Leute argumentieren jetzt, man dürfe den Mindestlohn nicht einführen, weil das doch die Ausbildungsneigung junger Menschen behindern würde.

Bei so viel Scheinheiligkeit kann man eigentlich nur noch kotzen. In Wahrheit geht es denen doch nicht um Ausbildung oder die Lösung von Beschäftigungsproblemen für Langzeitarbeitslose. Sondern um ihr Geschäftsmodell der Armutslöhne.

Es ist traurig aber wahr: Bei den Langzeitarbeitslosen will die Regierung schon einknicken. Bei den jungen Menschen scheint sie noch zu stehen. Dabei ist es doch so einfach: Keine Stunde Arbeit darf billiger sein als 8,50 Euro.

Ausbildungsverhältnisse und Praktika sind etwas anderes, also ausgenommen.

Aber es darf keine Ausnahmen wegen des Alters oder Geschlechts, der Herkunft oder der sozialen Lage geben. Punkt.

Was ist das eigentlich für ein Menschenbild, dass man Menschen schlechter bezahlt, nur weil sie länger keinen Job finden konnten? Ist ihre Arbeit deshalb weniger wert? Haben sie weniger Würde? Haben sie mit der Arbeitslosigkeit wirklich ihre Menschenwürde verloren?

Ich kann nur davor warnen, diese Spielchen weiter zu betreiben. Wir werden uns wehren. Wir wollen den Durchbruch beim Mindestlohn und zwar jetzt und ohne Ausnahmen.

Nicht ohne Grund haben die Gewerkschaften die Mindestlohn-Kampagne noch mal hochgezogen. Wir verlassen uns nicht allein auf die Koalitionsvereinbarung. Wir bekommen den Mindestlohn nicht geschenkt.

Wir sind ganz kurz vor dem Ziel. Aber wir dürfen nicht nachlassen, bis der allgemeine, gesetzliche Mindestlohn von anfangs 8,50 Euro die Stunde im Gesetzblatt steht. Das muss das Mindeste sein für jede in Deutschland geleistete Arbeitsstunde.

Ich warne die Große Koalition: Sowohl CDU/CSU als auch die SPD müssen wissen, dies ist für uns der Test, ob diese Regierung es tatsächlich ernst meint mit ein bisschen mehr sozialer Gerechtigkeit.

Tut sie es nicht, werden wir uns zu wehren wissen - übrigens auch an der Wahlurne.

Apropos Verlogenheit: Was wir derzeit erleben im Zusammenhang mit der Möglichkeit, nach 45 Jahren Versicherungsjahren mit 63 in die Rente zu gehen, ist an Dreistigkeit kaum zu übertreffen. Da reden sie von der Gefahr einer Frühverrentungswelle. Als ob die, die jetzt jammern, je etwas anderes im Sinn gehabt hätten als die Zusammenstellung olympiareifer Belegschaften und das Herausdrängen Älterer aus dem Arbeitsleben. Nur - die Zeche sollten nur wir zahlen. Mit Rentenkürzungen, Arbeitslosigkeit oder beidem. Auch das werden wir nicht durchgehen lassen.

Die Rente mit 63 muss genauso kommen wie wesentliche Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und die Solidarrente von mindestens 850 Euro. Auch das muss jetzt durchs Parlament. Und danach unterhalten wir uns gerne über eine Flexibilisierung des Renteneintrittsalters, aber bitte schön auch das gerecht.

Denn wir können und wir werden uns mit Altersarmut, mit Rentenungerechtigkeit nach einem langen Arbeitsleben niemals abfinden. Wir haben doch den Kampf gegen die Rente mit 67 nicht deshalb begonnen, um uns jetzt mit einigen wenigen - wenn auch wichtigen - Korrekturen zu begnügen. Was wir wollen und brauchen ist ein dauerhaft auskömmliches Rentenniveau und ein solidarischer Schutz vor Altersarmut.

Kolleginnen und Kollegen,

unser jahrzehntelanger Kampf für gute Arbeit, für bessere Ausbildung, für eine sichere Rente trägt erste Früchte.

Wenn wir weiter Druck machen, haben wir die Chance,

- **den Mindestlohn zu bekommen,**
- **die Tarifautonomie zu stärken,**
- **die schlimmsten rentenpolitischen Verwerfungen zu korrigieren**
- **und somit den Weg für eine neue Ordnung der Arbeit frei zu machen.**

Dabei vergesse ich nicht, dass noch viel zu tun bleibt. Der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen kann nicht hingenommen werden und muss auch gesetzlich beendet werden.

Das gilt auch für den Missbrauch von Minijobs und befristeten Beschäftigungsverhältnissen. Und und und. Denn wir brauchen gute Arbeit und keine Arbeit, die arm macht. Denn wir brauchen gute Ausbildungsplätze und eine unbefristete Übernahme nach der Ausbildung. Denn wir brauchen mehr Mitbestimmung und einen besseren Schutz der Tarifautonomie.

Ich weiß, dass ich das eben schon einmal gesagt habe. Ich habe es immer wieder gesagt und ihr müsst es immer wieder sagen und dafür kämpfen. Damit wir unsere Ziele endlich erreichen.

Deshalb: Lasst sie nicht aus der Klammer. Jetzt muss sich grundlegend etwas ändern.

Übrigens: Wenn mir als Jungsekretär jemand vor dreißig Jahren hier in Bremen gesagt hätte, dass ich einmal für den gesetzlichen Mindestlohn kämpfen würde, dann hätte ich dem entgegnet: Den brauchen wir nicht. Wir haben ja die Tarifautonomie. Und heute wissen wir, wir brauchen beides: Die gesetzliche Lohnuntergrenze und eine funktionierende Tarifautonomie. Und wir brauchen mehr Mitbestimmung. Und dies nicht nur, weil sie ein gutes Stück Demokratie in der Arbeitswelt ist. Sondern auch, weil wir starke Betriebsräte und Personalräte brauchen, um den kommenden Veränderungen der Arbeit nur dann gerecht werden können, wenn wir im Betrieb, am Arbeitsplatz und im Unternehmen mitgestalten und mitentscheiden. Und diese Veränderungen durch noch mehr Digitalisierung und Flexibilisierung werden dramatisch sein.

Dennoch bin ich an diesem 1. Mai optimistisch. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung ist wieder erstarkt. Unsere Solidarität hat manchem Sturm getrotzt. Unsere Mitgliederzahlen steigen wieder und unsere Organisationskraft wächst. Es ist wieder zum Allgemeingut in diesem Land geworden, dass sozialer Fortschritt und der Schutz vor Krisen ohne oder gar gegen die Gewerkschaften nicht zu haben sind. Unsere Tarifkraft ist ungebrochen. Unsere Gestaltungskraft auch.

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Kolleginnen und Kollegen,

vor 80 Jahren konnten die Nazis die freien deutschen Gewerkschaften auch deshalb zerschlagen und zerstören, weil wir nicht einig waren. Wir waren zerstritten in der Sache, vor allem aber zersplittert in Richtungsgewerkschaften.

Die wichtigste Lehre daraus haben Menschen gezogen, die für ihre gewerkschaftliche Grundüberzeugung mit Verfolgung, KZ-Haft und Hinrichtung bezahlt haben. Sie haben uns das Vermächtnis hinterlassen: Schafft die Einheit. Wir sind ihrem Vermächtnis gefolgt und wir haben gemeinsam eine starke Gewerkschaftsbewegung aufgebaut. Diese Gewerkschaftseinheit dürfen wir nie wieder aufgeben.

Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, keine Tarifkonkurrenz, keine Organisationskonkurrenz. Unabhängig von Parteien und Weltanschauungen, einig nur dem Wohl der arbeitenden Menschen in einer freien und demokratischen Gesellschaft verpflichtet.

Das ist unsere Einheitsgewerkschaft. Das ist unsere Stärke.